

# Marzahn- Hellersdorf **links**

23. Jahrgang / September 2013

**DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt**

**Seiten 2 und 3:** Petra Pau: Von A bis Z  
**Seite 4:** Aus dem Bezirksvorstand / #refugees welcome in #mahe  
**Einleger:** Zeitung der Linksjugend Marzahn-Hellersdorf  
**Seite 5:** Wahlkampfteam Petra Pau:

Warum junge Leute beim Wahlkampf dabei sind / Fest auf dem Alice-Salon-Platz: Schöner leben ohne Nazis!

**Seite 6:** Gedanken zum Weltfriedenstag / Aus den Siedlungsgebieten: Ein Freibad für Hellersdorf?

**Seite 7:** Besondere Stadtteilspaziergänge: „Die Natur vor unserer Haustür“ / Geschichte: Stadtpaziergang „Marzahn unterm Hakenkreuz“

**Seite 8:** Veranstaltungstipps und Termine im Überblick / Hinten links

## Auf zum Endspurt

Es ist unübersehbar, wir sind mitten im Wahlkampf. Fast an jeder Laterne hängen vier bis fünf Plakate, in den Briefkästen stapeln sich die Werbebotschaften der Parteien, Foren mit den Kandidatinnen und Kandidaten, Veranstaltungen und Informationsstände wechseln sich ab.

DIE LINKE in Marzahn-Hellersdorf ist gut aufgestellt. Wir sind sozusagen „im Plan“. Die frohe Botschaft: Erstmals seit zwei Jahren liegt DIE LINKE in den Umfragen bundesweit bei 10 %. Wir haben in unserem Bezirk das Direktmandat von Petra Pau und das höchste Zweitstimmenergebnis aller Parteien zu verteidigen. Beides wird uns gelingen, wenn wir jetzt in den Anstrengungen nicht nachlassen, unsere politischen Forderungen den Bürgerinnen und Bürgern nahezubringen. Entscheidende Stationen dabei sind die Verteilung der Wahlzeitungen und der Briefe zur Wahl in die Haushalte, die Wahltour und die sich anschließende **Großveranstaltung mit Petra Pau und Gregor Gysi am 11. September auf dem Helene-Weigel-Platz ab 16 Uhr**. Viele weitere Aktionen sind geplant und werden vorbereitet.

Marzahn-Hellersdorf ist aber nicht mit dem engagierten Wahlkampf der LINKEN bundesweit in die Schlagseiten und Nachrichten gekommen, sondern mit dem Versuch der NPD im Verein mit einer Bürgerinitiative, das Asylbewerberheim in der Carola-Neher-Straße zu verhindern. Allein drei Aufmärsche der Nazis in einer Woche im Bezirk, abgewiesen durch Tausende Gegendemonstranten, darunter viele junge Antifaschistinnen und Antifaschisten aus ganz Berlin und aus der Republik. Für diese Unterstützung können wir nur „danke“ sagen. Die jungen Leute haben, gemeinsam mit Marzahn-Hellersdorfern das politische

Gegengewicht geschaffen und für die Öffentlichkeit sichtbar gemacht. Das gilt auch für die Mahnwache in der Nähe des Heimes selbst. Sie hat jetzt einen festen Wohnsitz nicht weit entfernt einrichten können, ihre



*Petra Pau kandidiert zum dritten Mal im Bezirk Marzahn-Hellersdorf für ein Direktmandat. Drücken wir ihr die Daumen für den 22. September! Mit Unterstützung der Wählerinnen und Wähler der LINKEN sollte es ihr gelingen, wieder direkt gewählt in den Bundestag einzuziehen!*

*Foto: U. Schwarz*

Hilfsangebote werden durch Anwohnende und vor allem die das Heim Bewohnenden angenommen. Engagierte Menschen und Mitglieder aller demokratischen Parteien sollten die jungen Antifaschistinnen und Antifaschisten vor Ort unterstützen. Das Wichtigste aber sind die Gespräche mit den Anwohnerinnen und Anwohnern, unter denen es viele gibt, die die Geflüchteten und Asylsuchenden willkommen heißen. Aber die, die nach wie vor gegen das Heim mobil machen, sind auch noch da. Mittlerweile ist etwas Ruhe eingekehrt, die Betreuungs- und Hilfsmaßnahmen können nunmehr wirksam werden. Das pas-

siert zurzeit, vieles ist vorbereitet und wird koordiniert. Politisch haben sich alle demokratischen Parteien gemeinsam für das Heim, für das Willkommen der neuen Hellersdorferinnen und Hellersdorfer und gegen die rechten Rattenfänger erklärt. Alle Bezirksverordneten der demokratischen Parteien haben am 29. August für eine entsprechende Resolution gestimmt. Gemeinsam mit Initiativen, Vereinen und Verbänden haben wir mit dem Fest „Schöner leben ohne Nazis!“ und dem Wahlmanifest aller Parteien deutlich gemacht, Marzahn-Hellersdorf ist und bleibt bunt, ist kein Ort für Rechtsextreme und deren menschenverachtendes Gedankengut. Aber dieses Bekenntnis muss im Alltag gelebt werden, und da ist ganz besonders DIE LINKE, jede und jeder von uns in der Verantwortung.

Wir haben es erneut bestätigt bekommen: Alltagsrassismus kommt auch aus der Mitte der Gesellschaft.

Da sind wir gefragt, nicht nur verbal, sondern auch bei der Überwindung seiner sozial-ökonomischen Wurzeln.

Und da sind wir dann wieder bei den Forderungen unseres Wahlprogrammes.

Unsere Partei, unsere Fraktion, unsere Mitglieder im Bezirksamt haben sich mit Unterstützung aus dem Abgeordnetenhaus durch Abgeordnete der LINKEN und Politiker des Landes, die gemeinsam bei den Protesten und vor dem Heim dabei waren, aktiv für alle politischen Schritte und Initiativen eingesetzt, den Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern ein sicheres Asyl zu geben und den Nazis eine Abfuhr zu erteilen. Auch das wird sich im Wahlergebnis widerspiegeln.

**Norbert Seichter**  
Bezirksvorsitzender

# DIE LINKE.

# Petra Pau: Von A bis Z

**A**ffen mag ich besonders gern.

**B**ürgerrechte sind kein Kann, sondern Muss.

**C**anto General war ein Erlebnis im Palast der Republik.

**D**atenschutz ist unabdingbar für Demokratie.

**E**U-Krise ist eine Krise des Kapitalismus.

**F**rohsinn ist für Linke lebenswichtig.

**G**erda heißt meine aktuelle Paten-Sau in Kunsterspring.

**H**ermann van Veen gehört zu meinen Lieblingskünstlern.



Petra Pau inmitten ihres Wahlkampfteams, zu dessen Motivation man Näheres auf Seite 5 dieser Ausgabe erfahren kann.

Foto: H. Wagner

**I**nternet kann ein Tor zum Demokratischen Sozialismus öffnen.

**J**üdisches Leben liegt mir am Herzen.

**K**arl Marx ist nicht tot.

**L**inke Ökumene will gelebt sein.

**M**andela ist ein großer Humanist.

**N**SU steht synonym für ein mörderisches Staatsversagen.

**O**berstufen gefällt mir.

**P**ittiplatsch soll Kanzler werden.

**Q**uotierung bleibt bis auf weiteres unverzichtbar.

**R**espekt heißt eine Kampagne, die ich unterstütze.

**S**olar-Wende kann ein weiteres Tor zum Sozialismus sein.

**T**witter verschafft mir ungeahnte Zugänge.

**U**ntersuchungsausschuss verlangt Mühe und Nerven.

**V**ertrauen ist kein Spielzeug.

**W**issen bedeutet Näherung und Suche.

**X**ceyscore beschreibt ein Verbrechen.

**Y**ad Vashem lässt Erschauern.

**Z**weifel sind ein guter Ratgeber.

# Kiek an!

**Petra Pau, Gregor Gysi**

in Marzahn-Hellersdorf

Helene-Weigel-Platz

12681 Berlin

**11. September**

16 - 18 Uhr

Musik: Gruppe „Manifest“

**DIE LINKE.**

## Kurz informiert: Aus dem Bezirksvorstand

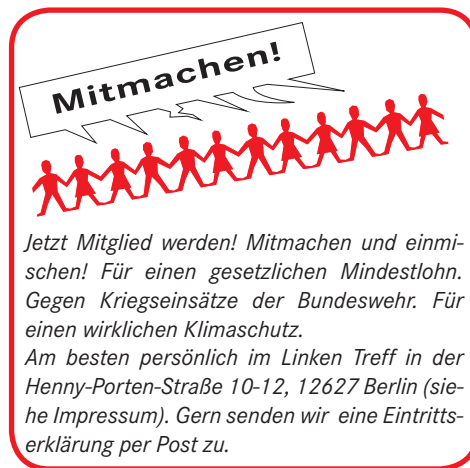
Natürlich steht jetzt bei jeder Sitzung des Bezirksvorstandes der Punkt „Bundestagswahl“ auf der Tagesordnung. DIE LINKE ist jetzt im Bezirk auf der Straße deutlich sichtbar. Das ist zunächst mal den vielen Genossinnen und Genossen zu verdanken, die „Plakate gefädelt“ haben, also lange Kabelbinder durch die vorgestanzten Löcher gezogen haben. Das war in diesem Jahr rekordverdächtig – die Arbeit sollte in fünf Tagen erledigt werden, aber sie war nach dreieinhalb Tagen erledigt. Und obwohl die Arbeit natürlich etwas eintönig ist, kann man sich dabei gut unterhalten, ich kann aus eigener Erfahrung sagen, dass es Spaß gemacht hat.

Der Bezirksvorstand bedankt sich sehr bei allen Helferinnen und Helfern, auch bei denen, für die die Arbeit dann gar nicht mehr gereicht hat. Und der Dank gilt natürlich der „Arbeitsgruppe“ mit dem Bezirksvorsitzenden Norbert Seichter, die die Plakate termingemäß und planmäßig an die Laternen gebracht hat.

Das erste Echo ist diesmal sehr positiv: Kurze, klare und gut verständliche Texte, die man auch aus einiger Entfernung und beim Vorbeifahren gut lesen und eindeutig der LINKEN zu-

ordnen kann. Der Bezirksvorstand kann aber nur entlang der großen Straßen des Bezirkes plakatieren. Wir haben noch genügend Plakate in der Geschäftsstelle, die in den Nebenstraßen und Wohngebieten aufgehängt werden sollen, aber das kann nicht zentral organisiert werden. Das müssen die Genossinnen und Genossen in den Basisorganisationen jeweils „vor Ort“ tun – teilweise ist das ja schon im Gange. Aber da hat der Bezirksvorstand eine dringende Bitte: Wer Plakate aufhängt, der möge sie bitte auch in „persönliche Pflege“ nehmen. Das heißt, dass zerstörte oder beschmierte Plakate schnell ersetzt oder wenigstens entfernt werden müssen, ganz besonders, wenn es um politische Schmierereien (Nazisymbole!) geht. Beispiele gab es schon. Und ganz wichtig: Spätestens am 29. September müssen die Plakate wieder entfernt sein, sonst müssen wir Ordnungsgeld bezahlen – und wir möchten unser Geld lieber für die politische Arbeit verwenden.

Natürlich stand auch die Situation um das Flüchtlingsheim in der Carola-Neher-Straße auf der Tagesordnung des BV. Dazu an dieser Stelle nur zwei Bemerkungen: Der BV dankt allen Bürgerinnen und Bürgern, die auf den verschiedenen, teilweise kurzfristig angesetz-



Jetzt Mitglied werden! Mitmachen und einmischen! Für einen gesetzlichen Mindestlohn. Gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr. Für einen wirklichen Klimaschutz. Am besten persönlich im Linken Treff in der Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin (siehe Impressum). Gern senden wir eine Eintrittserklärung per Post zu.

ten Veranstaltungen deutlich sichtbar und laut hörbar gegen die Provokationen rechtsextremer Kräfte gegen das Flüchtlingsheim protestiert haben. Und wir drücken unsere Anerkennung darüber aus, dass sich trotz des Wahlkampfes die Wahlkreis Kandidaten der demokratischen Parteien auf eine gemeinsame Erklärung für die Flüchtlinge einig konnten. Wir werden für die Zukunft noch mehr gemeinsames Handeln brauchen.

Bernd Preußer

## #refugeeswelcome #mahe \*)

Nach den erschreckenden Szenen in den vergangenen Wochen und Monaten rund um das neue Heim für Asylsuchende in der Carola-Neher-Straße wollte die Bezirksverordnetenversammlung in ihrer Augustsitzung ein deutliches Zeichen dafür setzen, dass Geflüchtete in Marzahn-Hellersdorf willkommen sind. Einstimmig beschlossen die Fraktionen der demokratischen Parteien in der BVV die Resolution „Marzahn-Hellersdorf hilft Menschen in Not – Für eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlin-

gen in unserem Bezirk“. Darin bekennen sich die Fraktionen zum Grundrecht auf Asyl und heißen Geflüchtete willkommen in unserem Bezirk. Außerdem weisen sie alle Versuche rechtsradikaler Gruppen und Parteien zurück, am Unglück der Geflüchteten ihr braunes Süppchen zu kochen. Wenig überraschend stimmte lediglich der eine anwesende NPDler gegen die Resolution; der andere war zu diesem Zeitpunkt wie gewohnt bereits gegangen und auch der verbliebene verschwand unmittelbar nach der Abstimmung über die Reso-

lution – auch das wie gewohnt.

Natürlich stand auf der Tagesordnung auch das kommunalpolitische „Alltagsgeschäft“. So machte Björn Tielebein als jugendpolitischer Sprecher noch einmal für unsere

Fraktion deutlich, dass die Übertragung aller verbliebenen elf kommunalen Jugendfreizeiteinrichtungen an freie Träger als Ergebnis des vom SPD-CDU-Senat vorgegebenen und von

der Mehrheit im Bezirksamt exekutierten Personalabbaus (von der Koalition aus SPD, CDU und Grünen getragen) nicht unseren Vorstellungen kommunaler Jugendarbeit entspricht. Die Linksfraktion hatte dafür gestritten, mindestens drei Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft zu behalten, um ggfs. selbst auf Entwicklungen im Jugendbereich reagieren zu können. Damit konnte sie bei den Fraktionen der Koalition nicht durchdringen. Entsprechend lehnte die Linksfraktion die Übertragungen ab.

Ansonsten diskutierte die Bezirksverordnetenversammlung u.a. erneut über die Entwicklung am ehemaligen Wernerbad und die Zustände rund um die Kaulsdorfer Seen, die sich aus deren Nutzung als wilde Badestellen durch viele Bürgerinnen und Bürger unseres Bezirkes ergeben. Hier wies die Linksfraktion erneut darauf hin, dass die Koalition aus SPD, CDU und Grünen es in zweieinhalb Jahren noch immer nicht geschafft hat, konkrete Schritte für ein Freibad in Marzahn-Hellersdorf zu gehen.

Hassan Metwally

\*) Unter diesen sogenannten Hashtags, einer Form der digitalen Verschlagwortung, wurde in den sozialen Netzwerken (Facebook, Twitter) über die Entwicklungen rund ums Heim berichtet und kommuniziert bzw. entsprechende Einträge miteinander verknüpft. „refugeeswelcome“ ist Englisch und heißt „Flüchtlinge willkommen“; Englisch, da es sich nicht nur an die deutschsprachigen Aktivistinnen und Aktivisten der Unterstützungsgruppen bzw. die deutschsprachige Öffentlichkeit, sondern auch an die Geflüchteten richtet. „mahe“ steht als Abkürzung für Marzahn-Hellersdorf.

Wir empfehlen für die **Bundestagswahl 2013** in Marzahn-Hellersdorf:

### Erststimme Petra Pau

**Monika Erhardt-Lakomy**, Schriftstellerin und Texterin; **Svetlana Hayduk**, Vision e.V. Marzahn; **Bodo Heinemann**, UKB; **Gisela Höbbel**, Ökonomin; **Gunhild Hoffmeister**, ehemalige Leichtathletin und Olympiadailengewinnerin; **Renate Holland-Moritz**, satirische Schriftstellerin, Journalistin und Filmkritikerin; **Prof. Dr. Dieter Klein**, Ökonom; **Stephan J. Kramer**, Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland; **Prof. Dr. Erika Maier**, Ökonomin; **Diane Meier**, UKB; **Dr. Heinrich Niemann**, Arzt; **Petr Pacholkow**, russisch-orthodoxer Priester, Vater Petr; **Asli Peker Gaubert**, Migrationssozialdienst; **Rosemarie Schuder**, Schriftstellerin; **Gustav Adolf Schur („Täve“)**, ehemaliger Radrennfahrer; **Hans-Georg Schwill**, Schauspieler u.a. „Tatort“; **Norbert Seichter**, Diplom-Fischwirt; **Dr. Rolf Sukowski**, Unternehmensberater und Vorsitzender des Vorstandes OWUS Berlin-Brandenburg e.V.; **Siegfried Trzoß**, Moderator; **Wolfgang Völz**, Schauspieler und Synchronsprecher (Käpt'n Blaubär); **Uwe Zimmermann**, Geschäftsführer der Corona Bürotechnik GmbH



## Nicht nur meckern – wählen gehen!

Von Hassan Metwally

**D**u hast kein Problem mit maroden Schulen und Universitäten? Es stört dich nicht, wenn deutsche Soldaten wieder in aller Welt Krieg führen? Du bist bereit, für einen Hungerlohn arbeiten zu gehen? Du legst keinen Wert auf eine Rente, von der man leben kann? Du fühlst dich wohl, wenn jeder deiner Schritte – ob im Internet oder auf der Straße – überwacht wird? Du legst keinen Wert darauf, an Entscheidungen, die dein Leben betreffen, beteiligt zu werden? Dann brauchst du am 22. September nicht wählen zu gehen.

Du willst Schulen und Universitäten, in denen das Lernen Spaß macht? Du willst, dass Deutschland sich für friedliche Konfliktlösungen starkmacht? Du willst für gute Arbeit auch einen guten Lohn? Du willst eine Rente, die ein ausgefülltes Leben ermöglicht? Du willst frei von Überwachung leben? Du willst an wichtigen Entscheidungen über die Zukunft des Landes beteiligt werden? Dann musst du am 22. September wählen gehen.

Politik ist kompliziert. Oftmals ist nicht unmittelbar erkennbar, was eine Stimme verändern

kann. Manche Veränderungen dauern lange. Doch Wahlen verändern die Welt. Ohne eine starke LINKE im Bundestag würde heute keine der anderen Parteien über die Einführung eines Mindestlohns sprechen. Ohne eine starke LINKE im Bundestag würde heute keine der anderen Parteien über Reichensteuer oder Vermögensabgabe sprechen. Und nur mit einer starken LINKEN im nächsten Bundestag gibt es eine Chance, dass all die schönen sozialen Versprechungen der anderen Parteien nach der Wahl auch umgesetzt werden.

**Es gilt nach wie vor: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.  
Darum am 22. September 100% sozial wählen!  
Erststimme: Petra Pau – Zweitstimme: DIE LINKE**



*Petra Pau ist 1963 in Berlin geboren worden. Sie ist verheiratet, kocht gern und pflegt wann immer sie Zeit dafür findet ihren Balkon-Garten. Petra Pau arbeitete als Pionierleiterin und Lehrerin. Sie absolvierte ein Studium zur Diplom-Gesellschaftswissenschaftlerin. 1990 wurde Petra Pau für die PDS in die Bezirksvertretungenversammlung Hellersdorf gewählt. 1995 errang sie ein Direktmandat in ihrem Heimatbezirk Hellersdorf für das Berliner Abgeordnetenhaus. 1998 zog sie erstmals in den Bundestag ein und errang seit 2002 jedes Mal das Direktmandat für Marzahn-Hellersdorf.*



### Petra Pau

**Kandidatin im Direktwahlkreis  
Marzahn-Hellersdorf**

Bereits drei Mal haben die Bürgerinnen und Bürger Marzahn-Hellersdorfs Petra Pau als ihre Wahlkreisabgeordnete in den Bundestag gewählt. Dort vertritt sie die Menschen des Bezirks als eine bundesweit bekannte und anerkannte Persönlichkeit, deren Meinung in der Öffentlichkeit, in den Medien, aber auch bei anderen Politikerinnen und Politikern Gehör findet. Als Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages sorgt sie für den reibungslosen Ablauf der Sitzungen des Parlaments. Petra Paus Tätigkeitsfeld ist die Innenpolitik. Als Mitglied im Innenausschuss des Bundestages setzt sie sich für die Grundrechte der Menschen ein, für Mitbestimmung und Demokratie. Im Untersuchungsausschuss zu den NSU-Morden kämpft sie für die Aufklärung der eklatanten Pannen und Fehler des Verfassungsschutzes im Zusammenhang mit der Mordserie der Nazis.



Impressum:  
Linksjugend Marzahn-Hellersdorf  
DIE LINKE, Marzahn-Hellersdorf  
Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin  
[www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de](http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

# Bildung ist keine Ware – gute Bildung für alle!

Von Mathias Stöhr

Ob als Kinder, Teenager oder Erwachsene, wir alle lernen und zwar das ganze Leben lang. Jeder Mensch hat ein Recht auf Bildung ein Leben lang. Nicht nur das Kind, das seinen Schulabschluss macht, auch jemand, der mit einer Ausbildung oder einem Studium beginnt oder jemand, der sich im Beruf weiterbilden will, muss die Möglichkeit dazu haben.



Mathias ist 27 Jahre alt und aktives Mitglied im Studierendenverband DIE LINKE.SDS

Kindern muss die Chance gegeben werden, mit anderen zu lernen und mit diesen sozial zu interagieren. Dafür ist es nötig, dass die Gruppen in Kindertagesstätten und Klassen in der Schule so klein sind, dass ein gutes Arbeiten für alle Schülerinnen und Schüler und für die Lehrerinnen und Lehrer möglich ist.

Es ist wichtig, dass die Unterschiede innerhalb der Bildung, die durch unterschiedliche Ziele der Bundesländer entstehen, aufgehoben werden, damit Kinder und Teenager die gleichen Chancen haben und dass es nach einem Umzug in ein anderes Bundesland keine Unterschiede im Wissensstand gibt.

Die Bildung darf nicht von dem sozialen Stand abhängen. Jegliche öffentlich-rechtliche Bildung muss gebührenfrei sein; seien es Schulen, Kindertagesstätten, Hochschulen oder Universitäten. Dazu muss der Etat für Bildung erhöht werden, denn Bildung ist eines der wichtigsten Güter, die wir haben. Dies darf jedoch nicht durch Privatisierung geschehen, denn Bildung darf nicht durch die Interessen von Unternehmen beeinflusst oder gelenkt werden.

Der Zugang zu den Hochschulen und Universitäten muss erleichtert werden, so dass es mehr Menschen möglich ist, daran teilzuhaben. Ebenso müssen genügend Master-Studienplätze für die weiterführende Bildung nach dem Bachelor-Abschluss zur Verfügung stehen.

Für eine gute Bildung ist es nötig, dass die Arbeitsbedingungen für die Erzieherinnen und Erzieher und die Lehrerinnen und Lehrer stimmen. Insbesondere zu große Gruppen und Klassen, die Ausbildung und eine angemessene Bezahlung sind Themen, die man nicht vernachlässigen darf.

Die Bundeswehr wirbt derzeit in Schulen und Hochschulen. Das kann nicht mehr hingenommen werden, da die Bundeswehr so die Möglichkeit hat, auf junge Menschen zu wirken und den Beruf der Soldatin und des Soldaten als ganz normalen Job darzustellen. Die Bildungseinrichtungen müssen einen geschützten Bereich gegen solche Beeinflussungen bieten.



# Vielfalt stärken – Wahlfreiheit der Lebensentwürfe!

Von Sarah Fingarow

Junge oder Mädchen? Das ist die erste Frage, die allen werdenden oder frisch gebakenen Eltern gestellt wird. Ob das Kind gesund ist und die Eltern glücklich sind, wird erst danach erfragt. Auch beim englischen Prinzenpaar interessiert sich die Presse vorwiegend dafür, ob das Baby nun ein Junge oder ein Mädchen ist. Doch warum ist das überhaupt relevant? Selbst für die Thronfolge ist es nach einer inzwischen vorgenommenen Verfassungsänderung vollkommen egal, welches Geschlecht das Kind hat. Damit das eigentlich unter der Windel versteckte Geschlecht auch wirklich für alle äußerlich erkennbar ist, werden die Kleinen dann auch noch in entsprechend blaue oder rosa Strampler gesteckt. Mit einer tatsächlichen Vorliebe von Babys für bestimmte Farben kann dies nichts zu tun haben, denn die bildet sich erst ab einem Alter von ca. drei Jahren.

Bereits mit dieser farblichen Zuordnung beginnt das Hineinwachsen der Kinder in geschlechtsspezifischen Rollen. Soziale Geschlechteridentitäten, die Männern und Frauen zugeschrieben werden, sind keineswegs naturgegebene Unterschiede. Sie werden angezogen und durch vorgelebte Verhaltensweisen im gesellschaftlichen Zusammenleben erworben.

Wobei auch heutzutage das männliche Geschlecht immer noch höher wertgeschätzt

wird. So ist es in Ordnung, wenn ein Mädchen blau trägt und mit Autos spielt. Ein Junge dagegen in rosa mit einer Puppe spielend, wird mit Aussagen wie „Der wird doch bestimmt mal schwul.“ betitelt. Derlei Verknüpfungen von männlicher Homosexualität und der Farbe Rosa sind beliebte Stammtischparolen. Dabei stellt sich schon fast die Frage, ob Homosexualität eine bei Jungs durch die Farbe rosa übertragbare Krankheit ist.



Sarah ist 26 Jahre alt und Mitglied der Fraktion DIE LINKE in der BVV Marzahn-Hellersdorf

Nein, ist sie nicht. Unterschiedliche sexuelle Orientierungen und Vorlieben sind ein Aspekt menschlicher Vielfalt, im Wesentlichen aber Privatsache und gehören weder verurteilt noch bewertet. Daher fordert DIE LINKE die Anerkennung der Vielfältigkeit aller diskriminierungsfreien Familienformen und Lebensweisen: Einelternfamilien, Singles, zusammenlebende Freunde, Verwandte,

Patchwork-Familien, Wahlverwandtschaften oder auch Paare, die sich gegen Ehe und Lebenspartnerschaft entschieden haben. Auch Schwule und Lesben sollen heiraten können. Denn für uns ist Familie da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen, egal, ob als Lebensgemeinschaft, Einelternfamilie, als Klein- oder Großfamilie, als Ehepaar, als Mehrgenerationenhaushalt oder in anderen Formen der Gemeinschaft. Familie ist, wo Menschen, egal welcher sexuellen Orientierung, füreinander da sind. Wir unterstützen Arbeitszeitmodelle, die es allen Menschen ermöglichen, ihren Beruf mit Familie und Privatleben unter einen Hut zu bringen. Ebenso steht Elterngeld allen Eltern zu und darf nicht auf andere Transferleistungen wie Hartz IV angerechnet werden.

Wir fordern gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Frauen werden in der Arbeitswelt immer noch diskriminiert. Die Lohnungleichheit, dass in Deutschland Frauen 22 Prozent schlechter bezahlt werden als Männer, ist für DIE LINKE nicht hinnehmbar.

Doch Gleichstellung allein reicht uns nicht. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der alle Menschen vollkommen unabhängig von ihrer sexuellen Identität oder Orientierung, Behinderung, Religion, der sozialen und ethnischen Herkunft solidarisch miteinander leben.

# Besser statt mehr – weil nichts unendlich ist!

Von Janine Behrens

Lange wurde DIE LINKE wegen ihres Engagements im umweltpolitischen Bereich belächelt – heute überholt sie die anderen Parteien mit einem soliden Wahlprogramm, das weitreichende ökologisch nachhaltige Blickwinkel mit demokratischer Teilhabe vereint.



Janine ist 21 Jahre alt und Mitglied der Fraktion DIE LINKE in der BVV Marzahn-Hellersdorf

Wie DIE LINKE bereits in Berlin mit der Unterstützung des Volksgerehens „Neue Energie für Berlin“ von Beginn an unter Beweis gestellt hat, streitet sie dafür, die Energieversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge anzuerkennen, demokratisch zu legitimieren und die Energiewende sozioökologisch voranzutreiben. Private Energieversorger unterstützen diesen Prozess nicht und halten an ihren fossilen Großkraftwerken fest, was sich negativ auf Verbraucher\*innen und Umwelt auswirkt.

DIE LINKE fordert, dass ein Gesamtkonzept für die bundesweite regenerative Eigenenergieversorgung erarbeitet und eine wirkungsvolle Politik zur Einsparung von Energie und Ressourcen sozialverträglich betrieben wird.

Eng gekoppelt an das Ziel einer vollständigen regenerativen Energieversorgung ist auch die zukünftige Entwicklung unserer natürlichen Gewässer – denn „Wasser ist alles und ins Wasser kehrt alles zurück“ (v. Thales von Milet). Große Braunkohlekraftwerke mit ihren Nebenprodukten beeinflussen die Qualität aller Gewässer und schädigen auch das Grundwasser enorm – Folgen für Flora und Fauna sind langfristig verheerend. Ungebremst werden darüber hinaus Auenlandschaften vernichtet, Flüsse bis an ihre Ufer bebaut und in ihrem natürlichen Verlauf eingeeignet. Eine verfehlte Politik im Bereich des Wasserver- und -entsorgungsmanagements, gerade in Großstädten mit Mischkanalisation, behindert die Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie, die das Erreichen eines guten ökologischen Zustands aller Gewässer bis 2015 vorgibt. DIE LINKE fordert ein verbindliches nationales Umsetzungspro-

gramm, beispielsweise zur Renaturierung von Bundeswasserstraßen.

Ohnegleichen regiert die schwarz-gelbe Koalition im Hinblick auf Ressourcenschonung und Umweltschutz so ineffizient, als hätte sie eine zweite Welt auf Lager – deswegen: Für eine radikal andere Politik mit dem Ziel einer nachhaltigen Zukunft, in der wir und nachfolgende Generationen gesund in unserer Umwelt leben können, am 22. September DIE LINKE wählen.



# Den Überwachungswahn stoppen – für Freiheit und Demokratie!

Von Hassan Metwally

Nur weil du paranoid bist, heißt das nicht, dass niemand hinter dir her ist ... und im Moment muss beinahe schon jede und jeder als verrückt gelten, die oder der glaubt, niemand würde ihre oder seine Mails lesen oder es würde nicht Sekunde für Sekunde, Minute für Minute protokolliert werden, was sie oder er im Internet treibt. Edward Snowden hat endgültig klargemacht, dass das Internet uns nicht nur neue Freiheiten verschafft, sondern auch bisher unbekannte Möglichkeiten der Überwachung.

Im Moment baut die National Security Agency (NSA) in der Wüste von Utah ein neues Speicherzentrum. Die Speicherkapazität dieses Zentrums liegt geschätzt bei 5 Zettabytes. Das sind 5.000.000.000 Terabyte. Ausgedruckt würde dies 42.000.000.000.000 Aktschranke füllen, die eine Fläche von

17.000.000 km<sup>2</sup> einnehmen würden. Zum Vergleich: die Aktenbestände der Stasi nehmen etwa eine Fläche von 0,019 km<sup>2</sup> ein.

Viele sagen „Wer nichts zu verbergen hat, muss Überwachung auch nicht fürchten.“, doch das ist ein Argument von Untertanen und nicht von selbstbewussten Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern. Und eine Demokratie, in der die Bürgerinnen und Bürger letztlich 24 Stunden am Tag und jeden Tag im Jahr überwacht werden, ist wie eine Party, bei der Eltern oder Lärmpolizei dabei sind – auf den ersten Blick scheint es zu funktionieren, aber es ist einfach nicht das Gleiche.

Demokratie lebt auch davon, dass ich mich informieren und kommunizieren kann, ohne befürchten zu müssen, dass es mir irgendwann vorgehalten wird. Und niemand sollte glauben, es wäre lediglich die NSA, die an umfassender Überwachung von allem und allen interessiert ist. Schon jetzt teilen sie ihre Erkenntnisse und ihre Technik auch mit deutschen Sicherheits-

behörden. Von der umfassenden Überwachung werden die deutschen Sicherheitsbehörden wohl vor allem bloß durch die fehlenden eigenen technischen Fähigkeiten abgehalten. Und dass Überwachung nicht mehr Sicherheit bedeutet, hat die NSU-Affäre bewiesen, ebenso, dass Geheimdienste sich nicht kontrollieren lassen.



Hassan ist 33 Jahre alt und Mitglied im Bezirksvorstand DIE LINKE Marzahn-Hellersdorf

DIE LINKE streitet deshalb für die Auflösung aller Geheimdienste und die uneingeschränkte Absicherung aller Freiheitsrechte, die uns das Grundgesetz theoretisch verspricht. Nur so kann z.B. das Internet Raum gesellschaftlicher Veränderung und Erneuerung sein.



# Legalize it – für eine sinnvolle Drogenpolitik!

Von Christian Schwinge

**D**rogenkonsum ist eine Alltagserscheinung. Sei es das Feierabendbier, ein Glas Sekt zum Anstoßen oder der Joint im Park. Drogen sind Teil unserer Kultur. Die willkürliche Unterteilung in legale und illegale Drogen sagt dabei nichts aus über die Gefährlichkeit, sondern bietet Staat und Gesellschaft lediglich eine Orientierung, wie mit den Konsumentinnen und Konsumenten verschiedener Drogen umzugehen ist. Tatsächlich aber nehmen Menschen alle möglichen Drogen und sind durch Verbote nicht davon abzuhalten. Sie schlicht als Kriminelle zu betrachten, verhindert jede sinnvolle Drogenpolitik. Verbote und Dämonisierung verhindern nicht, dass Jugendliche Drogen nehmen.

Die Beispiele Alkohol und Zigaretten zeigen, dass Aufklärung über die Gefahren der bessere Weg ist, um Jugendliche über die Gefährlichkeit zu informieren und somit ein Umdenken anzuregen. So ist der Alkoholkonsum unter jungen Menschen, vor allem aber das sogenannte Komasaufen, nach offensiven Aufklärungskampagnen in den letzten Jahren zurückgegangen. Die Verbotspolitik der vorangegangenen Jahre, die Anhebung des Alters für den Verkauf von Bier und Mixgetränken, hat dies nicht erreichen können. Zi-

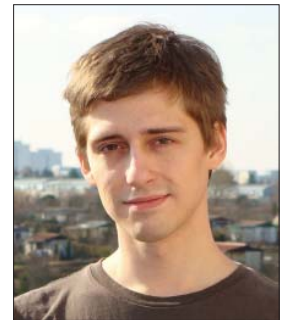
garettenrauchen gilt mittlerweile sogar eher als uncool unter jungen Menschen. Drogenpolitik muss also eine präventive, sachliche und glaubwürdige Aufklärung über die Wirkung und Risiken von Drogen ermöglichen. Nur so kann ein selbstverantwortlicher Umgang mit Rauschmitteln entwickelt werden. Dies muss für alle Drogen gelten, nicht nur für die legalen.

Es ist unglaublich, viele Drogen einfach zu verbieten und somit eine sinnvolle Drogenpolitik zu verhindern und auf der anderen Seite ein paar wenige sogenannte Volksdrogen zu legalen und zum guten Ton dazugehörige Drogen zu erheben. Erst eine kontrollierte und legale Abgabe von Drogen gewährleistet Sicherheit bei den Inhaltsstoffen, ermöglicht die notwendige Aufklärung und bietet die Chance, den Jugendschutz umzusetzen.

Die anhaltende Diskussion zur geringen Menge für den Eigenbedarf zeigt, dass es auch im Bereich des Cannabiskonsums erheblichen Aufklärungsbedarf gibt. Obwohl Haschisch und Marihuana als eher harmlose Drogen gelten, haben sie bei missbräuchlichem Konsumverhalten erheblichen negativen Einfluss auf das Leben der Konsumentinnen und Konsumenten. Eine Aufklärung darüber und die

Verhinderung der Abgabe an Kinder und Jugendliche findet bei einem Einkauf beim Dealer auf der Straße nicht statt. Dies könnte bei kontrollierter Abgabe in Apotheken oder in sogenannten Coffee-shops, wie in den Niederlanden, gewährleistet werden.

Wir wollen nicht, dass Menschen Drogen nehmen. Aber wir wollen auch nicht, dass diejenigen, die es tun, kriminalisiert werden oder dazu gedrängt werden, gesundheitlich bedenklichen Stoff auf der Straße zu kaufen. Wir wollen, dass alle Menschen frei und selbstverantwortlich mit Drogen umgehen. Damit sie möglichst kein oder nur selten Alkohol trinken oder „Gras“ rauchen, müssen Informationen über die Wirkung und Risiken vermittelt werden.



*Christian ist 29 Jahre alt und Mitglied der Fraktion DIE LINKE in der BVV Marzahn-Hellersdorf*

# Kein Fußbreit den Nazis – Antifaschismus ist gelebte Demokratie!

Von Kristian Ronneburg

**D**ie Mord- und Terrorserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) hat die tödliche Gefahr von rechts – unterstützt durch die Geheimdienste – in aller Deutlichkeit gezeigt. Sie zeigt sich auch an knapp 1000 rechten Gewalttaten im Jahr und an mehr als 160 Todesopfern rechter und rassistischer Gewalt seit 1990, von denen staatliche Statistiken nur ein knappes Drittel überhaupt anerkennen.



*Kristian ist 26 Jahre alt und Mitglied der Fraktion DIE LINKE in der BVV Marzahn-Hellersdorf*

Die Taten des Nationalsozialistischen Untergrunds und die Gewalt von rechts sind jedoch nur die Spitze des Eisbergs. Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus und eine allgemeine Ideologie der Ungleichheit wurzeln tief in der Mitte der Gesellschaft. Es sind

immer wieder Repräsentanten der „Mitte“, die rassistische Ausfälle und Ressentiments gesellschaftsfähig machen. Heute sind es Bundesinnenminister Friedrich und etliche Länderminister, die unverhohlen gegen Roma und Flüchtlinge hetzen.

Ungleichheitsideologien wie Rassismus und Antisemitismus stoßen in Deutschland auch aufgrund von sozialer Ausgrenzung und der Entsicherung der Lebensverhältnisse auf einen fruchtbaren Nährboden. Gerade in Zeiten der Krise versuchen rechte Gruppierungen, aus dieser Entwicklung Kapital zu schlagen. Die Politik sollte daher nicht nur die Symptome, sondern auch die Grundlagen antidemokratischer, nationalistischer und rassistischer Tendenzen konsequent bekämpfen. Wir als LINKE wollen die Prekariisierung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse zurückdrängen, die Demokratisierung der Gesellschaft weiter vorantreiben und soziale Sicherheit schaffen.

Als Teil der demokratischen Gesellschaft steht auch DIE LINKE gegen Ungleichheitsideologien, jede Form von Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Demokratiefeindlichkeit und Neonazismus ein. Ohne

ein breites gesellschaftliches Engagement gegen rechts – gemeinsam mit allen hierzu bereiten demokratischen Kräften – kann der Kampf gegen Nazis zur Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates und gegen alle Ideologien der Ungleichheit nicht gewonnen werden.

DIE LINKE setzt sich aus diesen Gründen u.a. dafür ein, dass die Bundesprogramme gegen rechts dauerhaft und umfassend gefördert und alle Hindernisse für die Programme (z. B. die Extremismusklausel) beseitigt werden. Gruppierungen und Individuen, die sich gegen rechtsradikale und rassistische Bestrebungen wenden, dürfen vonseiten staatlicher Stellen nicht diskriminiert und unter Vorwänden rechtlich und polizeilich verfolgt werden. Die NPD und alle weiteren neonazistischen Organisationen müssen verboten werden, um sie gesellschaftlich zu ächten und ihnen keinerlei staatliche Unterstützung mehr zukommen zu lassen.





## Warum junge Leute beim Wahlkampf dabei sind:

Im Direktwahlkampf kann sich unsere Kandidatin für den Bundestag, Petra Pau, zusätzlich auf die Unterstützung eines bunten Wahlkampfteams verlassen. Das „Team Pau“ setzt sich aus jungen Menschen zusammen, die erst seit kurzer Zeit Mitglied unserer

**Alexander S.:** Ich beteilige mich am Wahlkampf, weil es mich interessiert, einen Wahlkampf mal von dieser Seite zu erleben und weil ich denke, dass eine Wahl nicht nur aus dem Abgeben einer Stimme besteht.

**Philipp T.:** Ich engagiere mich für Petra Pau im Wahlkampf, da sie seit Jahren eine verlässliche Partnerin und Vertreterin für unseren Bezirk Marzahn-Hellersdorf ist. Damit die erfolgreiche Vergangenheit auch einen Weg in die Zukunft findet, unterstütze ich sie sehr gerne mit zwei helfenden Händen. Greezi!



**Andrea H.:** Ich mache Wahlkampf für Petra Pau, da sie sich als Antifaschistin gegen Neo-Nazis, Rassismus und Antisemitismus starkmacht. Außerdem steht sie für mehr direkte Demokratie, Transparenz in der Politik und soziale Gerechtigkeit.

**Sascha R.:** Ich will mich innerhalb eines gemeinsamen und generationsübergreifenden Wahlkampfes für politische Akzente im Bezirk einsetzen und durch den persönlichen Kontakt mit den verschiedenen Politikfeldern Petra Paus neue Erkenntnisse erlangen. Insbesondere die Abwehr von rechtsextremistischen und antisemitischen Bewegungen, die einen breiten und gesamtgesellschaftlichen Diskurs benötigt, gilt es durch ein vereintes Engagement weiter zu verstärken.

Partei sind oder sich als Sympathisanten der LINKEN bzw. von Petra Pau bekennen. Die junge Unterstützung kommt aus Marzahn-Hellersdorf, Pankow, aus Erfurt und sogar aus Passau. Sechs der sieben „Team Pau“-Aktivisten haben uns ihre Motivationen mitgeteilt, die sie zur Wahlkampfunterstützung bewogen haben.

**Celine F.:** Ich finde, dass Frau Pau eine tolle Politikerin ist, und bin der Meinung, dass keiner sich so für den Bezirk einsetzen und bemühen würde wie sie. Ich bin zwar in keiner Partei, jedoch fühle ich mich bei den Linken sehr wohl und gut aufgehoben und möchte dadurch ein Stück zu der guten Arbeit beitragen.

**Stefan R.:** Ich bin 23 Jahre alt und studiere zur Zeit Staatswissenschaften in Erfurt. Im Rahmen dieses Studiums ist es zum einen interessant, den Alltag eines Politikers kennenzulernen, zum anderen steht die Bundestagswahl 2013 im Licht der sozialen Frage und dabei ist es für mich nicht nur persönliches Interesse, sondern auch Überzeugung die Partei zu unterstützen, die sich diese Frage zu 100 % in das Wahlprogramm geschrieben hat.

## Fest am Vorabend des Weltfriedentages: Solch ein Gewimmel

Ein buntes Fest lockte am letzten Augustnachmittag, dem Vortag des Weltfriedentages, nicht wenige aus Marzahn-Hellersdorf und von weiter her in die Helle Mitte auf den Alice-Salomon-Platz. Es gab Leckeres zu essen und zu trinken, Kinderbelustigung, einen Kletterfelsen, ein

Aber die Botschaft war eindeutig: „Schöner Leben ohne Nazis!“. Das Motto einte sie alle. So positionierten sich die demokratischen Parteien am Platz - DIE LINKE, SPD, Grüne und Piraten in einem Wahlmanifest gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Mit Texten, die nachdenklich stimmten und die Zuhörer und Zuhörerinnen berührten, diesmal aus aktuellem Anlass über Vertreibung und Flucht, fand das „Lesen gegen das Vergessen“ statt.

hübschen Drachentänzer ebenso wie die traditionell gewandeten vietnamesischen oder russischen Tänzerinnen und Sängerinnen, die hier zu Hause sind.

Eine Überraschung stellten die Grußworte der Mitglieder vom Motorradklub „Kuhle Wampe“ dar. Plötzlich standen 20-25 coole Maschinen am Straßenrand. Sie hatten als Ziel für ihren wöchentlichen Ausflug unser Fest gegen Nazis gewählt und ließen es sich nicht nehmen, laut und deutlich diese, ihre Botschaft von der Bühne zu verkünden.



Am Stand der LINKEN gab es viel aktuelles Infomaterial. Foto: S. Schwarz

buntes Bühnenprogramm und viele Stände, die von Weitem an einen Markt erinnerten. Die Stadtteilzentren, der Integrationsbeirat der BVV, die Alice-Salomon-Hochschule, die Parteien luden an den Ständen ebenso ein, miteinander ins Gespräch zu kommen oder einfach neugierig stehen zu bleiben, um zu schmökern.

In diesem Jahr war der Fokus des Festes besonders auf die große Vielfalt der Menschen in unserem Bezirk gelegt. An unterschiedlichen Stellen wurde das sehr deutlich - etwa an der großen Weltkarte, die dazu einlud, einen Punkt am Herkunftsort der Besucher zu machen: Von Fernost über Afrika bzw. Ukraine bis Peru waren sie am Ende verteilt, oder beim Auftritt der Afrikanischen Gemeinde oder bei der Theateraufführung behinderter junger Männer. Ein Hingucker waren die

Ein gelungenes Fest, das von uns vor fünf Jahren aus der Taufe gehoben wurde und dabei ist, zu einer guten Tradition zu werden. Die Veranstaltung an diesem Ort ist auch ein wichtiges Zeichen in Berlin gegen das noch immer weit verbreitete Klischee, Marzahn-Hellersdorf sei von Intoleranz, Einfalt und Farblosigkeit geprägt. Es zeigt das andere Gesicht, das bunt ist und offenherzig Fremde einlädt und das neugierig ist auf anderes. Vielleicht passt ja auch eines Tages der Anspruch aus Goethes „Faust“:

*Solch ein Gewimmel möcht ich sehn,  
auf freiem Grund mit freiem Volke stehn!  
Zum Augenblicke dürft ich sagen:  
Verweile doch, du bist so schön!*

**Sabine Schwarz**  
Stellv. Bezirksvorsitzende

# Gedanken zum Weltfriedenstag

Die Konfrontation („Sich-gegenseitig-die-Stirn-bieten“) einer Nazi-Demonstration mit einer Gegen-Demonstration empörter Antifaschistischer ist ziviler Krieg, Bürger-Krieg, demokratischer Krieg. Hellersdorf erlebt derzeit einen solchen zivilen Krieg. In diesem Krieg bieten sich aber die Nazis und die Antifaschisten nicht wirklich die ungeschützten Stirnen - die einen sprechen durch einen phonstarken Lautsprecher zu den „lieben Feinden“, die anderen trillern und rasseln (mit wesentlich geringerer Phonzahl) dagegen an und wagen auch schon einmal einen Sponti-Spruch: „Schämt Euch“ oder „Halt die Fresse!“. Man ist ja Demokrat und grundgesetztreuer dazu. Wie die SPD 1933. Die Nazis lachen und denken sich, dass die „lieben Feinde“ doch arge „Looser“ sind.

Diese Darstellung - die gerne von den Medien verbreitet wird - ist nicht vollständig. Die dritte Kriegspartei sind die Polizisten mit gut geschützten Stirnen, bewaffneten Fäusten



Plakatierte selbst mit für „Schöner leben ohne Nazis“ - es ist Sabine Schwarz ein besonderes Anliegen, gegen Rechts aktiv zu sein. Foto: M. Richter-Kastschajewa

und Absperrgittern, die sich auch wie Viehtreibegatter einsetzen lassen. Denken Sie dabei ruhig an die „Putenausstellungen“ in Niedersachsen, die kürzlich im Fernsehen gezeigt wurden. Aus-, besser Eingestellt wurden am Alice-Salomonplatz in Hellersdorf nicht etwa die Nazis. Denen hatte die Polizei einen umfänglichen „Bereitstellungsraum“ mit Luft nach hinten und zur Seite reserviert. Eingestellt, geradezu eingepfercht wurden am Sonnabend, dem 24. August 2013, gegen 17:30 h, die etwa 500 Antifaschisten auf der Fläche eines Viertel Fußballfeldes. Und das „Hopp-hopp!“ und ohne „Federlesen“. So ein Sperrgitter kann auch eine Waffe sein. Streng demokratisch wurden die Demokraten und Verfassungsgrundwerteverteidiger wie Vieh

behandelt. Die Verfassungsverächter konnten feixend ihre NPD-Fahnen schwingen.

Worum ging es eigentlich? In einer nahegelegenen stillgelegten Schule sollen zunächst 200, später vielleicht 400 Flüchtlinge aus Afghanistan und Syrien eine Notunterkunft erhalten. Die Nazis wollen das nicht und kleben „lustige“ Plakate „Guten Heimflug!“ Die ostberliner Antifaschisten, geprägt durch „Volkssolidarität“ und geübte Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt, wollen die Zuwanderer willkommen heißen.

Aber was heißt hier „Zuwanderer“? Die Politiker - die selbstverständlich persönlich kein einziges Schicksal der nach Hellersdorf Zuwandernden erfragt haben - beklagen vor den Kameras pauschal das „furchtbare Schicksal“ der Ankommenden. „Schicksale“ haben Ursache und Veranlassung. Schicksale werden gemacht und treffen in den Fluchtländern ebenfalls auf „unfreiwillige Schicksale“. Das erzeugt Reibung. Wir Älteren erinnern uns auch der Berichte im übelbekannten „Völkischen Beobachter“ der Jahre 1936/37/38 über die „furchtbaren Schicksale“ der Sudetendeutschen, Oberschlesier, Westpreußen und Wartheländer. Mit derartigen Verbalgranaten wurden die Hirne der „Reichsdeutschen“ reif für den heißen Krieg geschossen ...

Und Deutschland ist längst in einer Reihe heißer Kriege verwickelt. In Afghanistan und Syrien schießen „unsere“ Heckler & Koch, liegen „unsere“ Landminen. „Unsere“ U-Boote, an Israel geliefert, liegen vor den syrischen Häfen. Und in Saudi-Arabien stehen „unse-

re“ Panzer für den Angriff auf aufmüpfige Araber bereit. Dort werden die Flüchtlinge „produziert“, die dann - über sechs Grenzen hinweg - nach Deutschland „strömen“. Die Flüchtlings„flut“ (man beachte die Wortwahl - als ob es um eine Naturkatastrophe ginge!) ergießt sich weltweit. Das ist offenbar gewollt und hat nichts mit genetischer Auffrischung dekadenter Römer zu tun. Den Unterschichten in den Ländern mit den kriegslustigen



NPD-Kundgebung in der Hellen Mitte - August 2013. Foto: H. Wollner

Regierungen sollen anders-ethnische Menschen zugesetzt werden, an denen sie sich „abreagieren“ sollen. In Hellersdorf klappt das schon wunderbar.

Die „schweigende“ und „abseitsstehende“ Mehrheit sollte genau hinsehen und hinhören, was ihnen da vorgeführt wird. Beispielsweise „die mächtigste Frau der Welt“ oder „es wird wieder deutsch gesprochen in der Welt“. Das ist die geistige Vorbereitung auf einen Dritten Weltkrieg mit vielen regionalen und lokalen Konfrontationen („Sich-gegenseitig-die-Stirn-bieten“) - und Deutschland wird dabei sein, ganz sicher.

Dr. Hermann Wollner

## Aus den Siedlungsgebieten: Freibad für Hellersdorf?

Wer in diesen Sommertagen im Siedlungsgebiet unterwegs ist, erlebt eine wirkliche „Wanderungsbewegung“ in Richtung Habermannsee, Butzer See oder Biesdorfer Baggersee. Die Bürgerinnen und Bürger des Bezirks brauchen das kühle Nass und nutzen diese natürlichen Seen deshalb zum Baden und zur Erholung. Dabei werden leider die Ufer und Seen stark verschmutzt. Die Umgebung der Seen werden von KfZ wild zugeparkt und die Frequenz der Fahrzeuge trübt die Lebensqualität der Anwohnenden. Trotz des ausgewiesenen Trinkwasserschutzgebietes werden die Seen stark zum Baden genutzt.

Im Bürgerhaushalt sprach sich bei den stadtteilübergreifenden Vorschlägen in Kaulsdorf eine deutliche Mehrheit für eine Errichtung eines barrierefreien Schwimmbades aus. Im Stadtteilzentrum Kaulsdorf wurden dabei 489 Punkte vergeben und der Vorschlag konnte den ersten Platz belegen. Die Einreicherinnen begründeten den Vorschlag damit, dass es im Bezirk keine genehmigte Freibäderkultur gibt.

Nachdem nun das Wernerbad weggefallen ist und die „Plansche“ nur für Kinder eine Bademöglichkeit bietet, soll eine neue Möglichkeit zur körperlichen Ertüchtigung, Erholung und Freizeitgestaltung geschaffen werden. Eine derartige Einrichtung muss verkehrsgünstig und barrierefrei sein.

DIE LINKE hatte sich im Wahlkampf zum Berliner Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf für ein Freibad ausgesprochen. Wir hatten mit dem Elensee eine Alternative unterbreitet. Hier lehnten die SPD, die CDU und die Grünen den Vorschlag ab. Sie versprechen seit der Konstituierung der BVV neue Angebote gemeinsam mit den Berliner Bäderbetrieben zu entwickeln. Die jüngsten Vorschläge des neuen Geschäftsführers der Bäderbetriebe scheinen aber eher auf eine Reduzierung als in Richtung Weiterentwicklung der Bäder hinauszulaufen. DIE LINKE wird sich davon nicht irritieren lassen und auch weiterhin verlässlich für ein Freibad im Bezirk einsetzen.

Klaus-Jürgen Dahler, Bezirksverordneter

## Besondere Stadtteilspaziergänge

### „Die Natur vor unserer Haustür“

Am 31. August zog es einige Interessierte in die Kleingartenanlage Am Fuchsberg in Biesdorf-Süd. Mit Gartenfachberater Dr. Rainer Sermann konnte man Kräuter sinnlich erleben: fühlen, riechen, schmecken, Pflanzen, die süßen oder salzen, nach anfänglicher Säure bitter schmecken, Schärfe am Gaumen entwickeln oder nützlich gegen Wehwehchen sind ...

Die KGA entstand ab 1974 auf einem früheren Trümmerplatz, der bundesweit einmalige Schaukräutergarten 2004/2005 als Teil eines Naturlehrpfades. Zeitweise wurden mehr als 200 Kräuterpflanzen gezeigt. Ein großes Hochbeet barg Medizinalpflanzen. Doch dies musste man weitgehend aufgeben, denn: Zwar macht die Dosis die Wirkung, doch Probieren im Vorbeigehen kann eben schnell gefährlich sein. Daher ist der Schaukräutergarten auch weiterhin nur mit angemeldeten Führungen zugänglich.

Die Saison schließt am 21. September, doch die nächste kommt bestimmt und man kann wieder Anregungen für seinen eigenen Kräutergarten oder „Kräuterbalkon“ erhalten.

Verwunderlich ist dagegen der laxer Umgang von Gartenfach- und Baumärkten mit hochgiftigen Pflanzen, ärgerlich die zunehmend beschränkte Sortenvielfalt durch Handel und



Dr. Rainer Sermann bei seinen Erläuterungen im besonderen Kräutergarten.

Foto F. Beiersdorff

europäische Politik.

Doch das wären schon andere Themen, ebenso die Auswirkungen der Planungen für die TVO, denn direkt an der Anlage soll eine

Zubringerstraße vorbeiführen.

Wer etwas zu Herrn Sermann erfahren möchte, schaue in „Der Rabe Ralf“ Nr. 156. Zitiert wird ein Beitrag aus dem „Bauernecho“ vom 9.11.1989 (!) – ein Offener Brief von Mitgliedern des damaligen Kreisverbandes der DBD Berlin-Hellersdorf, unterzeichnet von Rainer Sermann, wandte sich gegen die Einstellung der kritischen Reihe „Kreisläufe“. Daraus wurde später das Umweltmagazin „Ozon“ unseres Freundes Hellmuth Henneberg.

An Sermanns ökologischem Engagement könnten sich übrigens einige seiner heutigen CDU-Kolleginnen und -Kollegen orientieren...

Frank Beiersdorff

Bei unserem Rundgang am **24. September** mit Angele Schonert vom NABU geht es aber um das nördliche Wuhletal, wo die Renaturierung einige positive Ergebnisse zeigt.

Treffpunkt zum Thema „**Zwischen Eichepark und Weidengrund**“ ist **15.50 Uhr an der Bushaltestelle Belziger Ring** (197), gegen 16 Uhr starten wir dann am Kletterfelsen.

## Geschichte von links beleuchtet

### Stadtspaziergang „Marzahn unterm Hakenkreuz“

Am 24. August 2013 hatten sich auf Einladung der Hellen Panke e.V. in Zusammenarbeit mit den NaturFreunden Berlin e.V. interessierte Menschen in Alt-Marzahn getroffen.



Während des thematischen Spazierganges wurde auch Station am Denkmal im Dorfkern Alt-Marzahn gemacht. Foto: S. Behrens

Ihr Weg führte sie vom Dorfkern mit der Kirche, über das Kriegerdenkmal zu Hasse & Wrede, Unternehmen der Knorr-Bremse-Gruppe, zum Parkfriedhof Marzahn und seinen Kriegsgräber- und Gedenkstätten. Der Rundgang fand auf dem Otto-Rosenberg-

Platz und den an das Sinti-und-Roma-Lager erinnernden Stelen seinen Abschluss.

Als Vorsitzender des Marzahn-Hellersdorfer Heimatvereins gab Wolfgang Brauer einen Überblick über die „Geschichte unterm Hakenkreuz“. Kristian Ronneburg informierte über das 1936 errichtete Zwangslager für Sinti und Roma nahe dem heutigen S-Bahnhof Raoul-Wallenberg-Straße.

Es gab viel Wissenswertes zu erfahren. Oft wird vergessen, dass der Bezirk auch eine Geschichte vor dem Bau der Großsiedlung hat. Von den Anfängen vor ca. 11000 Jahren war zu erfahren, von der Geschichte der Dorfkirche, vom Gemüseanbau, von der Geschichte des Kriegerdenkmals und dem heutigen Umgang mit der Gestaltung solcher Denkmale. Das Dorf Marzahn spielte in der Zeit des Nationalsozialismus eine unrühmliche Rolle. Während der Olympiade 1936 wurden Sinti und Roma auf den sogenannten Zigeunerrastplatz, das erwähnte Lager, verbannt. Sie mussten dort in

Familienverbänden unter unmenschlichen Bedingungen leben und im Werk von Hasse & Wrede oder bei den Bauern als Zwangsarbeiter hart arbeiten. Bestattet wurden sie auf dem Parkfriedhof, der früher der Armenfriedhof der Stadt war.

Sabine Behrens

## Diesmal Briefwahl machen - ganz einfach!

Wie's geht:

<http://www.die-linke.de/wahlen/wahlhilfe/briefwahl/>



## Vor Ort und Open Air

» 11.9., 16 Uhr, Helene-Weigel-Platz, 12681 Berlin, **DIE LINKE auf Wahlkampftour** mit **Petra Pau** und **Gregor Gysi** - Kandidat\_innen für den Bundestag -, Musik: Gruppe „Manifest“, Moderation: Juliane Witt

## DIE LINKE mit Stand dabei

» 14. und 15.9., jeweils 10 - 18 Uhr, Alt-Marzahn, 12685 Berlin, **Marzahner Erntefest**: Infos und Gespräche zur Politik der LINKEN; **Umweltfest**: Umweltpolitik mit LINKS, Neue Energie für Berlin, IGA 2017, Natur vor Ort

## Wahlabend am 22. September

» 22.9., ab 17.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, am **Wahlabend** gemeinsam **warten ... auf die Wahlergebnisse**, **TV-Berichte** - wer nicht zu Hause allein bleiben will, ist herzlich eingeladen

## Die Natur vor unserer Haustür

» 24.9., 15.50 Uhr, Treffpunkt an der Bushaltestelle Belziger Ring (197), 12689 Berlin, Rundgang mit Angele Schonert vom NABU im nördlichen Wuhletal, wo die Renaturierung einige positive Ergebnisse zeigt: „**Zwischen Eichepark und Weidengrund**“, Start um 16 Uhr am Kletterturm

## Treffen in Wahlkreisen

» 30.9., 19 Uhr, Stadtteilzentrum, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin, Treffen aller im **Wahlkreis 2** wohnenden Mitglieder mit Dr. Manuela Schmidt (MdA), Kristian Ronneburg (BVV)

## Nach der Bundestagswahl ...

» 8.10., 19 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin „**Was will der Wähler uns damit sagen?**“, mit Tom Strohschneider, Chefredakteur des „nd“, über das tatsächliche Ergebnis der Bundestagswahl und die Folgen, Moderation: Hassan Metwally, Eintritt: 2 Euro, Veranstaltung des Gesellschaftspolitischen Forums Marzahn-Hellersdorf

## Forum zu Wohnen und Mieten

» 16.10., 18 Uhr, Gemeindesaal der Evangelischen Kirchengemeinde Marzahn-Nord, Schleusinger Straße 12, 12687 Berlin, „**Wohnen zur Miete in Marzahn-Hellersdorf - der Berliner Mietspiegel 2013**“

## Bezirksvorstand

» 3.9., 17.9., 1.10. jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, Beratungen des Bezirksvorstandes, weitere Termine unter [www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/](http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/)

## Basisgruppensprecher-Beratungen

» 10.10., 18 Uhr (BO Biesdorf/Marzahn-Süd), Theater am Park, Frankholzer Weg 4, 12683 Berlin

» 10.10., 19.30 Uhr (BO Marzahn) Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» 10.10., 19.30 Uhr (BO Hellersdorf) Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin

## Frauentreffen

» 30.9., 19 Uhr, Stadtteilzentrum Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin, **Asli Peker Gaubert**, Trägerin der Integrationsmedaille, berichtet ihrer Reise in die **Türkei** und wird uns an ihren persönlichen Einblicken in die dortige politische Lage teilhaben lassen, und wir freuen uns auf eine angeregte Diskussion. Eingeladen sind **alle** Interessierten - weibliche/männliche ...

## Sprechstunden

» 9.9., 12.8. jeweils 17 Uhr, **Dr. Manuela Schmidt** (MdA), Stadtteilzentrum, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» 17.9., 18.30 - 20.30 Uhr, **Wolfgang Brauer** (MdA), Nachbarschaftshaus „Kiek in“, Rosenbecker Straße 25-27, 12689 Berlin

» **jeden Donnerstag, 10 - 13 Uhr, Klaus-Jürgen Dahler**, Mitglied der Linksfraktion in der BVV, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

Siehe auch: [www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/](http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/)

## BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin, im Juli wegen Urlaub geschlossen, ab August wieder: Mo 16 - 18 Uhr, Di 12 - 17 Uhr, Mi 14 - 17 Uhr, Do 14 - 18 Uhr geöffnet (**nicht** am Tag der BVV: 26.9.), Telefon 030 54431890

## Hinten links:

### Wohnen zur Miete in Marzahn-Hellersdorf

**D**er Nordosten ist die billigste Wohngegend Berlins - noch. So steht's im Qualifizierten Mietspiegel (BGB § 558 d) 2013. Nach Gesetz gilt bei Neuvermietung oder Modernisierung einer Wohnung für die Mieterhöhung (netto, kalt) als nicht zu überschreitende Kappungsgrenze 20% Wesentlichkeit - ab 50% wird dies gar zum Straftatbestand. In einigen Wohngegenden (z. B. Mitte) zeigt der 2013'er gegenüber dem 2011'er eine um teils mehr als 20% erhöhte ortsübliche Vergleichsmiete.

Senator Michael Müller (SPD) forderte in einem Rundbrief an die Bezirksstadträte Ende Juli, dass die Bezirke überhöhte Mieten beim Abschluss neuer Mietverträge ahnden sollen.

Wirtschaftsstrafgesetz § 4 sieht für Geschäftsführer in solchen Fällen Bußgelder von 25.000 bis 50.000 EUR vor.

### Zwei Fragen

Werden sich dafür Mieter als Kläger finden? Und: weshalb ließ der Senat zu, dass Wirtschaftsstraftatbestände der letzten zwei Jahre jetzt per Berliner Mietspiegel 2013 zu Recht und Gesetz erhoben wurden?

**R. Rüdiger**

**Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12** (Telefon: 030 5412130/030 9953508 - Telefax: 030 99901561)

**Öffnungszeiten: Montag: 13-17 Uhr, Dienstag: 10-17 Uhr, Donnerstag: 10-18 Uhr, Freitag: 10-13 Uhr (mittwochs geschlossen) Am 4.10. und vom 7.10. bis 11.10. ist außer am Donnerstag, dem 10.10., ebenfalls geschlossen.**

### Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

**Herausgeber:** DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

**Layout:** Yvette Rami

**Anschrift der Redaktion:** Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

**Internet:** [www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de](http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

**E-Mail:** [bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de](mailto:bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

**Bearbeitungsschluss:** 02.09.2013. Auslieferung ab: 03.09.2013. **Druck:** Eigendruck. **Marzahn-Hellersdorf links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 35 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 02.10. und 07.11.2013